

Antworten auf die Wahlprüfsteine für ADEXA – Die Apothekengewerkschaft anlässlich der Europawahl 2024



In Deutschland – aber auch in vielen anderen Ländern Europas – erstarken radikale, antidemokratisch und antieuropäisch orientierte Kräfte vor allem am rechten Rand des politischen Spektrums. Welche Strategie verfolgen Sie, um die Demokratie auf europäischer Ebene zu stärken?

Die Europäische Union beruht auf Grundwerten wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte. Autoritäre und rechtsextreme Kräfte versuchen in ganz Europa, diese Grundwerte anzugreifen. Wir wollen die Grundrechtecharta stärken und die Anwendung auch auf nationales Handeln ermöglichen. Das Rechtsstaatsverfahren wollen wir schärfen, damit stärker gegen Verstöße in den Mitgliedstaaten vorgegangen werden kann. Außerdem wollen wir die Rolle des Europäischen Parlaments ausbauen.

Welche Bedeutung messen Sie auf europäischer Ebene Gewerkschaften und Tarifverträgen bei? Wo sehen Sie ggf. Änderungsbedarf oder die Möglichkeit, die Sozialpartnerschaft zu stärken?

Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards. Wir wollen die Mindestlohnrichtlinie verbindlich machen und die Tarifbindung verbindlich stärken: Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen. Außerdem wollen wir die Europäischen Betriebsräte stärken.

Die Hürden für Fachkräfte sind hoch, um in anderen Ländern zu arbeiten. Das betrifft auch Apothekenberufe. Planen Sie hier eine stärkere Harmonisierung bzw. eine gegenseitige Anerkennung der Berufsabschlüsse?

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten. Im Hinblick auf die Anerkennung von Berufsabschlüssen, wollen wir die Anzahl der Berufe, für die der Europäische Berufsausweis möglich ist, deutlich erweitern. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten soll in der EU einheitlich gestaltet und vereinfacht werden, so dass ausländische Fachkräfte bei gleicher Qualifikation leichter eingestellt werden können, ohne die Patient*innensicherheit zu gefährden.

Pharmazeutische Versorgung in Krisenzeiten: Welche Lehren wurden aus der COVID-19-Pandemie gezogen, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Widerstandsfähigkeit der pharmazeutischen Versorgungskette zu stärken und die Rolle der Apotheken als wichtige Gesundheitsdienstleister zu unterstützen?

Die COVID19-Pandemie hat gezeigt, wie anfällig globalisierte Lieferketten sind. Deshalb wurde die Rolle des ECDC gestärkt, der EMA mehr Kompetenzen für die Überwachung von Lieferengpässen erteilt, und im Rahmen des Pharmapakets wird es weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit geben. Für uns GRÜNE steht immer das Wohl der Patient*innen an erster Stelle. Deshalb werden wir uns für den Erhalt der wohnortnahen Versorgung einsetzen.

Lieferengpässe haben dazu geführt, dass Patientinnen und Patienten in Deutschland wichtige Arzneimittel nicht – oder nur zeitlich verzögert – erhalten. Welche Strategien auf europäischer Ebene verfolgen Sie, um das Problem zu lösen?

Wir wollen Pharmaunternehmen verpflichten, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen. Außerdem müssen sie Arzneimittelengpässen besser vorbeugen und diese früher melden. Kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind, wie beispielsweise wichtige Antibiotika, müssen durch krisenfeste Lieferketten zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach Europa einen Beitrag leisten. Die Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht die Bezahlbarkeit von essentiellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern.

Regulatorische Harmonisierung: Welche Schritte werden unternommen, um die regulatorischen Rahmenbedingungen für Apotheken in ganz Europa zu harmonisieren, insbesondere im Hinblick auf die Arzneimittelsicherheit und die Qualität der Patientenversorgung?

Die Kompetenz für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung liegt bei den Mitgliedstaaten. Dennoch ist für uns klar: Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Große Vorteile der Zusammenarbeit sehen wir u.a. bei der Arzneimittelversorgung, also insbesondere der gemeinsamen Bekämpfung von Lieferengpässen. Die neue Pharma-Richtlinie begleiten wir entsprechend.

Wettbewerbsfähigkeit: Welche Initiativen werden auf europäischer Ebene ergriffen, um die Wettbewerbsfähigkeit von Vor-Ort-Apotheken im Vergleich zu anderen Vertriebskanälen für Arzneimittel sicherzustellen, insbesondere im Zusammenhang mit Online-Apotheken und dem zunehmenden Wettbewerbsdruck?

Die Kompetenz für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung liegt bei den Mitgliedstaaten. Aus unserer Sicht ist eine patient*innennahe, flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln durch Apotheken unverzichtbar. Als Expert*innen der Arzneimittelversorgung sorgen Apotheker*innen für ein Plus an medizinischer Behandlungsqualität, besserer Arzneimittelsicherheit und weniger Fehlmedikationen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das so bleibt.

Wie kann die EU dazu beitragen, den Fachkräftemangel in Apotheken anzugehen und sicherzustellen, dass qualifiziertes Personal ausgebildet wird, um den Anforderungen an die Gesundheitsversorgung gerecht zu werden? Planen Sie eine stärkere Harmonisierung oder Anerkennung von Berufsabschlüssen?

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten. Im Hinblick auf die Anerkennung von Berufsabschlüssen, wollen wir die Anzahl der Berufe, für die der Europäische Berufsausweis möglich ist, deutlich erweitern. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten soll in der EU einheitlich gestaltet und vereinfacht werden, so dass ausländische Fachkräfte bei gleicher Qualifikation leichter eingestellt werden können, ohne die Patient*innensicherheit zu gefährden.